

Stadt Ulm
Zentrale Steuerung / Finanzen

ulm

Vorbericht zum
Haushaltsplanentwurf 2009
GD 903/08

Vorbericht

1. ALLGEMEINES

1.1. Lage der kommunalen Haushalte

Das Jahr 2007 war aus finanzpolitischer Sicht insbesondere durch kräftige Zuwächse bei den Steuereinnahmen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene geprägt. In Verbindung mit einem moderaten Ausgabenzuwachs führte dies auf kommunaler Ebene zu einem – in der Nachkriegsgeschichte einmaligen – Finanzierungsüberschuss von 8,6 Mrd. €. Im Jahr 2008 wird bei den Kommunen dagegen mit einem deutlich geringeren Einnahmezuwachs gerechnet, während gleichzeitig die kommunalen Ausgaben kräftig ansteigen. Dies führt zu einem reduzierten Finanzierungsüberschuss von 4,6 Mrd. €:

Jahr	Einnahmen		Ausgaben		Defizit/Überschuss Mrd. €
	Mrd. €	+/- in %	Mrd. €	+/- in %	
1999	146,4	+ 1,4	144,1	+ 1,6	+ 2,3
2000	147,1	+ 0,5	145,1	+ 0,7	+ 2,0
2001	144,2	- 1,9	147,2	+ 1,4	- 2,9
2002	144,5	+ 0,2	149,2	+ 1,4	- 4,7
2003	141,4	- 2,2	149,8	+ 0,5	- 8,4
2004	145,3	+ 2,7	149,2	- 0,4	- 3,9
2005	151,1	+ 3,8	153,4	+ 2,7	- 2,3
2006	158,6	+ 4,9	155,7	+ 1,5	+ 2,9
2007	169,3	+ 6,7	160,7	+ 3,2	+ 8,6
2008	172,2	+ 1,7	167,6	+ 4,3	+ 4,6

Quelle: Mitteilung Deutscher Städtetag

Nach einem langen Abwärtstrend seit dem Jahr 2000 scheint es so, als wäre die Finanzsituation in den kommunalen Haushalten wieder im Lot. Tatsächlich aber zeigen sich zunehmend starke Unterschiede zwischen reichen und armen Kommunen mit Folgen für die kommunale Finanzpolitik.

Der deutliche Anstieg der Ausgaben findet in allen Bereichen statt. Hervorzuheben sind aber, die trotz Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt ausbleibenden Senkungen der Sozialausgaben.

Bei den Investitionsausgaben setzt sich die Trendwende fort. Nach 2007 ist hier auch 2008 ein weiterer Anstieg zu verzeichnen. Dennoch gibt diese Entwicklung keinen Anlass zur Euphorie, da bei den Sachinvestitionen weder das Niveau des Jahres 1992 erreicht wird, noch die Investitionen ausreichen um den tatsächlichen Investitionsbedarf abzudecken. Auf langfristige Sicht ist die Schere zwischen Investitionsbedarf und tatsächlicher Investitionstätigkeit in den letzten Jahren kontinuierlich auseinandergegan-

gen. Auch ist zu berücksichtigen, dass 2007 und 2008 erhebliche Steigerungen der Baupreise zu verzeichnen sind. So bleibt zu befürchten, dass die Steigerung der Sachinvestitionen gerade dazu ausreicht, um die inflationsbedingten Mehrausgaben zu decken. Ohne deutliches Gegensteuern wächst damit der Sanierungs- und Instandhaltungsstau beim vorhandenen Anlagevermögens, insbesondere bei Straßen und Gebäuden.

Letztendlich aber ist der aktuell zu verzeichnende ungebremste Ausgabenzuwachs auf Dauer nicht zu finanzieren. Dies wird bei einer konjunkturellen Abschwächung sehr schnell und sehr schmerzhaft deutlich werden.

Hauptziel der Städte muss daher weiterhin die Haushaltsstabilisierung sein. Hierfür sind insbesondere die weitere Rückführung der Verschuldung, sowie eine dauerhaft auskömmliche Finanzausstattung Grundvoraussetzungen. Vor dem Hintergrund der anstehenden gewaltigen Aufgaben der Städte, wie beispielsweise der Integration von Zuwanderern, dem weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, der Sanierung und Instandhaltung der städtischen Infrastruktur oder der Bewältigung des demografischen Wandels kann deshalb von der Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre nicht abgerückt werden.

1.2. Wirtschaftliche Lage

Die Konjunkturerwartungen haben sich aktuell deutlich eingetrübt. Nach Meinung führender Wirtschaftsforschungsinstitute befindet sich die deutsche Wirtschaft am Rande einer Rezession. Für 2008 wird zwar weiterhin ein Wachstum von 1,8% prognostiziert, für 2009 dagegen erwarten die Institute lediglich noch ein Wirtschaftswachstum von 0,2% (Frühjahresgutachten: 1,4%).

Die konjunkturelle Entwicklung hängt maßgeblich von der weiteren Entwicklung der Finanzmarktkrise ab. Den genannten Wachstumsprognosen liegt die Annahme zugrunde, dass es in den kommenden Monaten zu einer Stabilisierung des Bankensektors kommen wird. Gelingt dies nicht, dürfte sich die Konjunktur im kommenden Jahr sogar noch stärker und länger abschwächen. Folge wäre eine ausgeprägte Rezession, die sich auch deutlich auf die Lage am Arbeitsmarkt auswirken würde und deren Vorboten heute schon spürbar sind. Allerdings wird dieses Szenario derzeit als weniger wahrscheinlich angesehen.

Deutschland und insbesondere auch Baden-Württemberg ist von der Abschwächung der internationalen Konjunktur besonders betroffen, weil vor allem die Nachfrage nach Investitionsgütern zurückging, die im deutschen Exportsortiment eine überragende Rolle spielt. Hier werden zunehmend die Auswirkungen der Finanzkrise durch steigende Finanzierungskosten und rückläufige Erwartungen der Unternehmen spürbar. Dies wird den Export weiter abschwächen, zumal die Auftragseingänge aus dem Ausland bereits seit Dezember 2007 fallen.

Auf dem aktuellen Arbeitsmarkt schlagen sich die negativen Konjunkturerwartungen derzeit noch nicht nieder. Die Zahl der Arbeitslosen ist im September 2008 auf 3,18 Mio. Menschen zurückgegangen (September 2007: 3,5 Mio.). Die Arbeitslosenquote sank auf 7,4% (September 2007: 8,4%).

1.3. Die wirtschaftliche Situation in Ulm

Die Wirtschaftslage ist derzeit geprägt von einer rückläufigen Auftragslage und einer zunehmend schlechter werdenden Stimmung. Zum Konjunkturbericht der IHK Ulm im Herbst 2008 war die Stimmung in der regionalen Wirtschaft zwar noch verhalten positiv, sie erreichte allerdings nicht mehr die Werte wie im Frühjahr dieses Jahres. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Umfragen der IHK noch vor den aktuellen Turbulenzen auf den Finanzmärkten durchgeführt wurden. Verlässliche Daten, die die Auswirkungen der Finanzmarktkrise berücksichtigen, liegen nicht vor.

Die gegenwärtige Geschäftslage stellt sich zwar immer noch gut dar, die Geschäftserwartungen für die kommenden 12 Monate haben sich aber deutlich eingetrübt. Vor dem Hintergrund aktuell rückläufiger Auftragseingänge schrauben die Unternehmen ihre Umsatzerwartungen zurück, wobei insbesondere die Impulse aus dem Auslandsgeschäft merklich geringer eingeschätzt werden. Maßgeblich hierfür sind Befürchtungen, dass der Abwärtszog der Weltwirtschaft auch jene Länder stärker erfasst, die bisher die schlechteren Absatzmöglichkeiten im amerikanischen Raum ausgeglichen haben. Insgesamt sind die Unternehmen bei ihren Beschäftigungsplänen zunehmend zurückhaltend, dennoch wollen die meisten ihren derzeitigen Beschäftigtenstatus erhalten.

Das Stimmungsbild der Industrie gleicht der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Derzeit sind die Kapazitäten noch gut ausgelastet, aber die Auftragseingänge weisen eine fallende Tendenz auf. In der Investitionsgüterindustrie laufen die Geschäfte vorerst weiterhin hervorragend. Der Einzelhandel leidet dagegen weiterhin unter einer Kaufzurückhaltung. Die Umsätze fielen dem entsprechend in den letzten Monaten geringer aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Geschäftserwartungen trüben sich deshalb weiter ein. Dem gegenüber stellt sich die aktuelle Lage für die Großhändler ausgesprochen gut dar, wobei die Geschäftserwartungen auch hier gesenkt werden.

Bislang zeigt sich die Dienstleistungsbranche robust. Hier konnten erneut deutliche Umsatzzuwächse verzeichnet werden. Allerdings werden auch hier die Geschäftserwartungen zurückgeschraubt. Bislang stehen insbesondere die unternehmensnahen Dienstleister gut da. Abzuwarten bleibt allerdings die Auswirkung einer konjunkturellen Eintrübung auf diesen Servicebereich. Im Verkehrsgewerbe und im Hotel- und Gaststättenbereich ist die Lageeinschätzung positiv, wobei das Verkehrsgewerbe trotz weiter gut ausgelasteter Fracht- und Beförderungskapazitäten aufgrund der hohen Treibstoffpreise einen Stimmungsrückgang verzeichnet. Im Kreditgewerbe bleibt die weitere Entwicklung aufgrund der aktuellen Turbulenzen der Finanzmärkte und der konjunkturellen Entwicklung abzuwarten.

Die Erwerbslosigkeit konnte in den vergangenen zwölf Monaten um 15 v.H. gesenkt werden. Die Arbeitslosenquote lag im September 2008 bei 3,5 v.H. (September 2007: 4,1 v.H.). Damit liegt der Bezirk der Arbeitsagentur Ulm in Baden-Württemberg an 5. Stelle, bezogen auf die niedrigste Arbeitslosenquote.

1.4. Finanzielle Rahmendaten des Haushalts 2009

1.4.1. Finanzpolitische Ziele

Der Gemeinderat hat als finanzpolitische Ziele beschlossen

- ➔ die gesetzliche Mindestzuführung zu erwirtschaften
- ➔ im Finanzplanungszeitraum keine neuen Schulden aufzunehmen.

Beide Ziele werden 2009 erreicht. Grundlage für die Planung sind allerdings höchste Steuereinnahmen auf Basis der Steuerschätzung vom Mai 2008. Auswirkungen der Finanzmarktkrise, sowie Auswirkungen einer konjunkturellen Abschwächung in 2009 können derzeit nicht wertmäßig benannt werden und sind in der Planung 2009 nicht berücksichtigt. Der Haushalt 2009 beinhaltet deshalb erhebliche Risiken. Diese beschränken sich nicht ausschließlich auf die Einnahmeseite, da insbesondere auch die Sozialausgaben stark von der konjunkturellen Entwicklung beeinflusst werden und Verschlechterungen am Arbeitsmarkt unmittelbar auf die Sozialhilfeausgaben durchschlagen. Gleichzeitig stehen dieser Entwicklung erhebliche Belastungen des Haushalts aus Personal- und Sachkostensteigerungen, sowie aus Sonderfaktoren in erheblicher Höhe gegenüber.

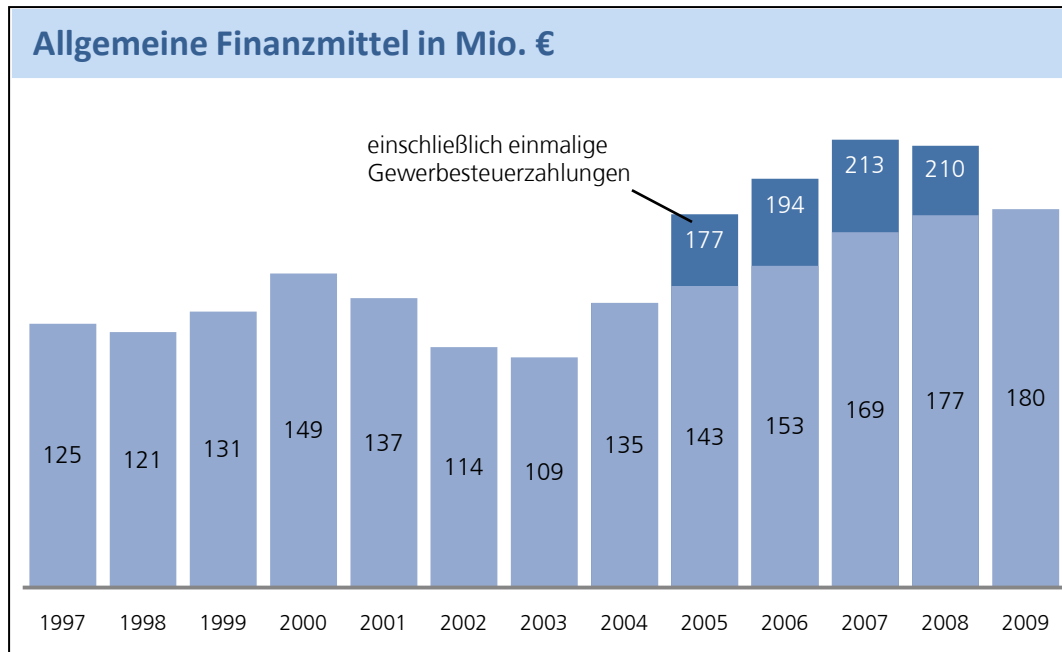
Daneben stellen große Investitionsprojekte, Multifunktionshalle, Sanierung Atlantis, Sanierung Theater, die Fortentwicklung der Bildungsoffensive, der Ausbau der Kinderbetreuung und vieles mehr, an die Finanzpolitik hohe Anforderungen, die mittel- bis langfristig wesentliche Handlungsspielräume binden. Die Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung und die dauerhafte Leistungsfähigkeit sind derzeit nicht abschließend zu beurteilen, weil die Finanzbelastungen oftmals noch nicht bekannt sind.

Am 16. Juli 2008 hat der Gemeinderat von den finanziellen Rahmendaten des Haushalts 2009 Kenntnis genommen und die Verwaltung beauftragt, die Fach-/Bereichshaushalte auf Basis der Eckdaten auszuarbeiten (GD 203/08). Davon ausgehend stellt sich der Haushalt wie folgt dar:

1.4.2. Verwaltungshaushalt

- Bei den **Allgemeinen Finanzmitteln** (Steuern, Finanzausweisungen usw.) sind der Planung 2009 weiterhin stabile Einnahmen zugrunde gelegt. Gegenüber der beschlossenen Finanzplanung wird nach wie vor von einer Verbesserung um 19 Mio. € ausgegangen. Es werden höchste Steuereinnahmen geplant. Angesichts der Entwicklung der letzten Wochen ist dies im Hinblick auf die Finanzmarktkrise, sowie die konjunkturelle Entwicklung mit erheblichen Risiken verbunden, weil nicht seriös unterstellt werden kann, dass dieses Niveau gehalten werden kann.

In 2007 wurde aufgrund einmalig hoher Gewerbesteuerzahlungen eine Rücklage „Finanzausgleich 2009“ in Höhe von 34 Mio. € gebildet. Diese Rücklage wird 2009 zum Ausgleich der Belastungen aus dem Finanzausgleich in vollem Umfang verwendet.



- **Unternehmenssteuerreformgesetz**

Mit dem Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 war eine Steuerentlastung der Unternehmen in Höhe von 5 Mrd. Euro verbunden. Die Städte sind insbesondere bei der Gewerbesteuer betroffen. Konkrete Auswirkungen waren bislang nicht messbar, Risiken bestehen jedoch bei der in 2009 kassenwirksamen Gewerbesteuerveranlagung 2008. Trotz der bestehenden Risiken wird in 2009 ein gegenüber dem Vorjahr gleichbleibender Ansatz bei der Gewerbesteuer zugrunde gelegt.

- **Gewinnausschüttung Stadtwerke**

Die Stadtwerke werden auch in 2009 aufgrund der staatlichen Reduzierung der Netznutzungsentgelte keinen Gewinn ausschütten. Die Stadt hat dadurch seit 2008 einen Einnahmeausfall von jährlich 4 Mio. €. Gleichzeitig muss wegen hoher Investitionen und einer damit einhergehenden deutlich angestiegenen Verschuldung, das Eigenkapital der Stadtwerke gestärkt werden. Verbesserungen in den Jahresergebnissen verbleiben deshalb derzeit bei den Stadtwerken.

- **Personalausgaben**

Der aktuelle Tarifabschluss, geplante Besoldungserhöhungen und sonstige Mehrausgaben (Auswirkungen TvÖD, Umlagen, Stellenschaffungen 2009 usw.) belasten den Haushalt 2008 und 2009 mit 7,5 Mio. €. Davon entfallen allein 0,9 Mio. € auf Stellenschaffungen der Fachbereiche in 2009. Dies ist dauerhaft finanziell nicht verkraftbar. Neue Stellen sind grundsätzlich durch Umschichtung zu finanzieren. Zudem bedarf es jetzt einer finanzpolitischen Vorgabe, wie die jetzigen und künftigen dauerhaften Belastungen zurückgeführt werden.

- **Budgetzu- bzw. -abschläge** aufgrund vom Gemeinderat beschlossener Sonderfaktoren:

○ **einmalige Sonderfaktoren 2008 die 2009 entfallen** -1.666.000 €

○ **einmalige / befristete Sonderfaktoren 2009 ff:**

- Fischerstechen 2009.....	45.000 €	
- Umstellung des Rechnungswesens.....	90.000 €	
- Gemeinsame Durchführung der Gemeinderats-/ Ortschaftsrats- und Europawahl 2009.....	218.000 €	
- Durchführung der Bundestagswahl 2009.....	43.000 €	
- Durchführung Wahl des Intern. Ausschusses.....	17.000 €	
- Donaufest 2010 - Vorlaufkosten.....	50.000 €	
- Jubiläum 150 Jahre Bundesfestung.....	100.000 €	
- Tagung Ulmer Denkanstöße.....	15.000 €	
- Förderung „Junger Ulmer Künstler“.....	16.000 €	
- Sonderausstellung „Daniel Mauch“.....	95.000 €	
- Ausstellung „Paul Klee und die Romantik“.....	35.000 €	
- Fotografie-Ausstellung „Periphere Parks“.....	15.000 €	
- Vorlaufkosten 5. Bildungsmesse 2010.....	35.000 €	
- Sondermittel Schuletat für grafikfähige Taschen- rechner.....	100.000 €	
- Kung Fu-Weltmeisterschaft.....	55.000 €	
- Deutsche Leichtathletikmeisterschaft.....	230.000 €	
- Erhöhung Betreiberzuschuss Freizeitbad, Donaufreibbad, Eislaufenanlage.....	833.000 €	
- Erneuerung Schutzkleidung Feuerwehr (3. Rate).....	75.000 €	
- Projekt City-Bahnhof.....	281.000 €	
- ÖPNV Magistrale für Europa u. Elektrifizierung Südbahn.....	20.000 €	
- Stadtreinigung Öffentlichkeitskampagne (3. Rate) ..	40.000 €	2.408.000 €

○ **dauerhafte Sonderfaktoren 2009 ff:**

- Anmietung Kronengasse 4/3 für Donaubüro und Donauakademie.....	30.000 €
- Erhöhung ehrenamtliche Entschädigung.....	180.000 €
- Koordinierungsstelle Stadtmarketing.....	115.000 €
- Erstellung von Ulm Filmen (2. Rate).....	50.000 €
- Betriebskostenanteil Regionale Energieagentur Ulm gGmbH.....	15.000 €
- Projektbudget ServiceCenter Neue Mitte.....	89.000 €
- Eine zusätzliche Stelle im Ausländerwesen.....	40.000 €
- Erhöhung Zuschuss akademietheater Ulm e.V./ Akademie für darstellende Kunst gGmbH.....	48.000 €
- Dauerbetrieb stadtgeschichtl. Ausstellung Archiv....	56.000 €
- Stellenschaffung im Aufsichtsdienst Museum.....	38.000 €
- Stellenschaffung im Aufsichtsdienst Stadthaus.....	35.000 €
- Honorarerhöhung freie Mitarbeiter Musikschule.....	24.000 €

- Mietkosten Mensa Schulzentrum Wiblingen.....	24.000 €	
- Beförderungskosten für Behinderte.....	30.000 €	
- Änderung Budget- und Nutzungsvereinbarung mit dem SSV Ulm 1846 e.V. (Hallenbad)	70.000 €	
- Einrichtung personelles Familienbüro	100.000 €	
- Einrichtung virtuelles Familienbüro.....	40.000 €	
- Ausbau u3-Betreuung – Zuschuss lfd. Betrieb freie Träger	621.000 €	
- 1,5 zusätzliche Stellen Kinderschutzstelle	75.000 €	
- Projekt Bildungshaus 3-10	62.000 €	
- Ausbau u3-Betreuung (Neubau, Anbau, Um- wandlung von Gruppen)	101.000 €	
- Erhöhung Sachausgaben bei der Feuerwehr	50.000 €	
- 3 Stellen wegen geänderten EU-Arbeitszeiten	170.000 €	
- Wegfall Fehlbelegungsabgabe	130.000 €	
- Planungsmittel – Fortschreibung Verkehrs- entwicklungsplan	80.000 €	
- ÖPNV Verkehrsverbund Bodo/Naldo	20.000 €	
- Erhöhung Energiekosten Straßenbeleuchtung	150.000 €	
- Mehrausgaben Reinigung.....	200.000 €	
- Steigerung Energiekosten.....	260.000 €	2.903.000 €
Summe Sonderfaktoren.....		3.645.000 €

- **Sozialhilfeausgaben**

Nach wie vor ergeben sich die größten Belastungen und Risiken aus der Entwicklung der Sozialausgaben, die überwiegend von der Stadt nicht beeinflusst werden können. Seit 2004 sind die Aufwendungen der Stadt - trotz eines günstigen konjunkturellen Umfelds - um rd. 6 Mio. € gestiegen. Gesetzliche Umstrukturierungen (Landeswohlfahrtsverband, Hartz IV) haben bislang zu keinen Entlastungen geführt. Aufgrund erkennbarer weiterer Belastungen werden die Ansätze 2009 gegenüber dem Vorjahr um 1 Mio. € erhöht. Die erwartete konjunkturelle Abschwächung birgt zusätzliche Risiken.

- **Eingriffe Bund und Land**

Sparmaßnahmen und Gesetzesänderungen von Bund bzw. Land belasten den Stadthaushalt erheblich. In 2009 wird mit einer Belastung von 13,5 Mio. € gerechnet. Insgesamt wurden dem Stadthaushalt seit 2004 rd. 54 Mio. € entzogen.

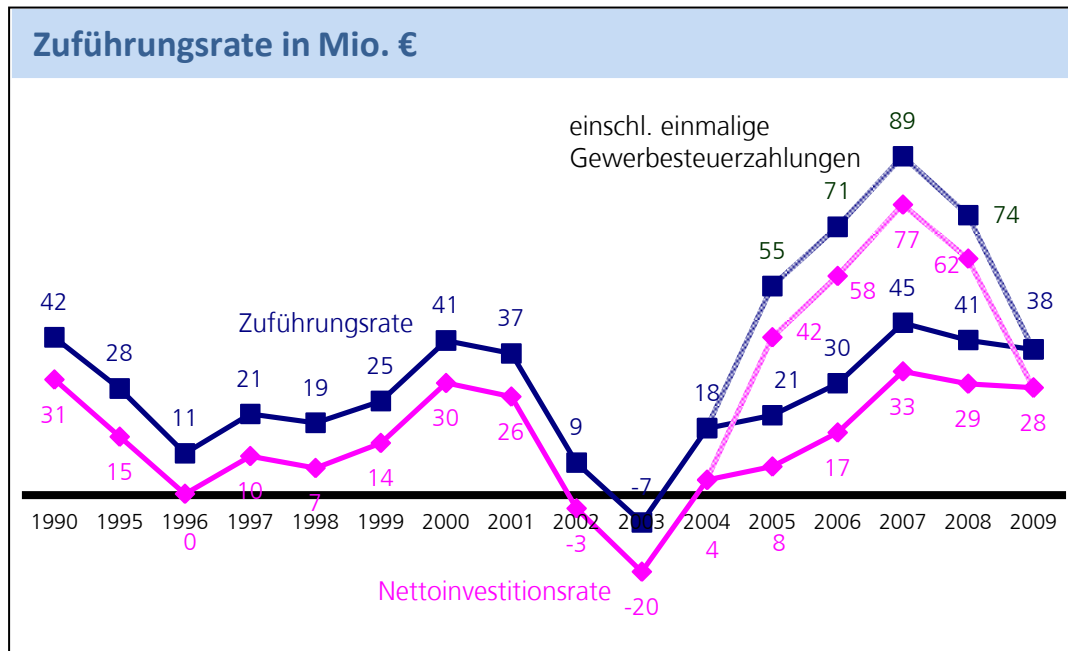
- **Steuern, Gebühren**

Der Haushalt 2009 sieht keine Erhöhung der Gewerbesteuer und Grundsteuer vor. Gebühren werden - im Rahmen der Leitlinien - der Kostenentwicklung angepasst. Gebührenerhöhungen sind dem Gemeinderat vorzulegen.

- **Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt**

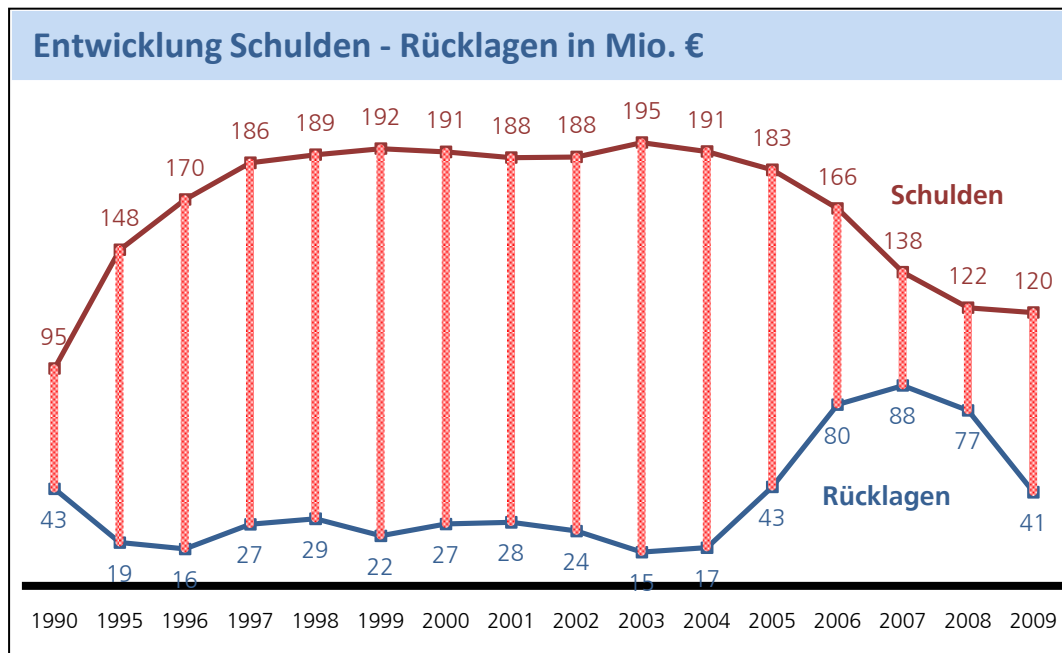
Die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt beträgt in 2009 nach derzeitiger Planung rd. 38,5 Mio. €. Allerdings ausschließlich, weil dem Verwaltungshaushalt die in 2007 gebildete Rücklage „Finanzausgleich 2009“ in Höhe von 34 Mio. € vorher zugeführt wird. Die gesetzliche Mindestzuführung (10,1 Mio. €) zur Tilgung der laufenden Kredite wird damit erwirtschaftet.

Der die gesetzliche Mindestzuführung überschreitende Betrag in Höhe von 28,4 Mio. € (Nettoinvestitionsrate) wird neben der Finanzierung der Investitionen insbesondere zur weiteren Schuldenreduzierung um 2,1 Mio. € verwendet.



1.4.3. Vermögenshaushalt, Schulden, Rücklagen

- Grundlage für den **Vermögenshaushalt 2009** ist das vom Gemeinderat beschlossene Investitionsprogramm. Oberste Priorität haben derzeit die **Bildungsoffensive Ulm** (9,8 Mio. €, GD 910/08) und das **Ulmer Wachstums- und Impulsprogramm** einschließlich des Programms zur energetischen Sanierung (6 Mio. €, GD 909/08).
- Der Gemeinderat hat als finanzpolitisches Ziel beschlossen, im Finanzplanungszeitraum **keine Schulden** mehr aufzunehmen. Dieses Ziel wird in 2009 durch die verbesserte Ertragskraft des Verwaltungshaushalts (höchste Steuereinnahmen, Haushaltskonsolidierung) erreicht.
- Freie **Rücklagen** sind nicht mehr vorhanden.



1.4.4. Haushaltskonsolidierung / Strukturmaßnahmen

Die **Budgets des Verwaltungshaushalts** wurden für die Jahre 2002 bis 2004 um 8,1 Mio. € reduziert, **Investitionen** wurden in den vergangenen Jahren um 35 Mio. € gestreckt und die **städtischen Gesellschaften** und **Eigenbetriebe** haben den Haushalt (insbesondere durch einmalige Sondereffekte) nicht unwesentlich entlastet (rd. 50 Mio. €).

Außerdem hat der Gemeinderat am 17.12.2003 (GD 431/03) und am 14.07.2004 (GD 280/04) beschlossen, den Verwaltungshaushalt nochmals nachhaltig und strukturell um **10 Mio. € zu konsolidieren**.

Für 2009 ergibt sich folgender Realisierungsstand:

	Finanzziel	Realisiert
Maßnahmen außerhalb der Fach-/Bereiche (Steuern, Sozialhilfe)	3 Mio. €	0 Mio. €
Projekte, Maßnahmen, für die alle Fachbereiche zuständig sind	2 Mio. €	1,1 Mio. €
- Gebühren und Entgelte		
- Zuschüsse		
Strukturelle Maßnahmen der Fach-/Bereiche	5 Mio. €	5,6 Mio. €
Summe	10 Mio. €	6,7 Mio. €

Die beschlossenen Konsolidierungsziele sind **Grundlage künftiger Budgetermittlung**. Die Strukturmaßnahmen wirken sich dabei zum Teil zeitverzögert über mehrere Jahre

aus. Die Budgets wurden in 2009 aufgrund beschlossener Strukturmaßnahmen um 5,4 Mio. € reduziert. Darüber hinaus entlasten übergreifende Maßnahmen in Höhe von 0,2 Mio. €. Dem Konsolidierungs- und Strukturprozess werden die vom Gemeinderat wiederholt beratenen **Leitlinien** zugrunde gelegt.

1.4.5. Ulmer Wachstums- und Impulsprogramm

Der Gemeinderat hat am 14. Juli 2004 (GD 280/04) ein Wachstums- und Impulsprogramm (WIP) mit einem Volumen von 35 Mio. € über eine Laufzeit von 7 Jahren beschlossen. Ziele des Programms sind insbesondere Impulse für Konjunktur und Beschäftigung und Abbau des städtischen Sanierungsstaus. Am 18. Juni 2008 hat der Gemeinderat beschlossen, ab 2009 im Rahmen des WIP jährlich zusätzlich 1 Mio. € für Energiesparmaßnahmen im Unterhaltsbereich bereitzustellen.

In 2009 werden für das WIP insgesamt **6 Mio. €**, davon 1 Mio. € für energetische Sanierung veranschlagt. Alle Maßnahmen und der Finanzierungsrahmen sind dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen (vgl. Anlage 5).

1.4.6. Der Haushalt 2009 enthält insbesondere folgende Unsicherheitsfaktoren

- die allgemeine konjunkturelle Entwicklung (Steuereinnahmen, Finanzmarktkrise)
- weitere Kürzungen von Bund und Land
- die Entwicklung der Sozialausgaben
- die Entwicklung der Personalausgaben (Tarifsteigerungen)
- die Entwicklung der Überschüsse aus den Grundstücksgeschäften (Plan: 2,9 Mio. €)
- Belastungen durch neue große Investitions- und Stadtentwicklungsprojekte
- Ausweitung von vorhandenen, sowie neue Aufgaben (z.B. Ausbau der Kinderbetreuung).

2. ERLÄUTERUNGEN ZUM HAUSHALTSPLAN 2009

2.1. Haushaltsvolumen

	Haushaltsplan		Ergebnis	2009	2008
	2009	2008	2007	zu 2008	zu 2007
	€	€	€	v.H.	v.H.
Verwaltungshaushalt	419.280.000	455.434.000	464.692.622	-7,9	-2,0
<i>Bereinigung:</i>					
- Zuführung an Vermögenshaushalt	38.497.000	73.936.400	89.474.104		
- Innere Verrechnungen	48.535.400	46.758.500	46.481.859		
- Kalkulatorische Kosten	41.658.200	41.889.200	40.085.568		
Bereinigter Verwaltungshaushalt	290.589.400	292.849.900	288.651.091	-0,8	1,5
Vermögenshaushalt	110.352.000	144.351.000	143.452.061	-23,6	0,6
<i>Bereinigung:</i>					
- Zuführung an Verwaltungshaush.	34.000.000	33.000.000	26.000.000		
- Zuführung an Rücklagen	110.000	25.136.000	34.585.809		
Bereinigter Vermögenshaushalt	76.242.000	86.215.000	82.866.252	-11,6	4,0
Bereinigter Gesamthaushalt	366.831.400	379.064.900	371.517.343	-3,2	2,0

Das bereinigte Gesamthaushaltsvolumen reduziert sich gegenüber dem Vorjahr trotz deutlich gestiegener Personal- und Sozialhilfeausgaben um 3,2 v.H. bzw. 12 Mio. €. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf Sondereffekte aus einmaligen Gewerbesteuerzahlungen und eine außerordentliche Kredittilgung in 2008 zurückzuführen.

2.2. Verwaltungshaushalt

2.2.1. Einnahmen des Verwaltungshaushalts

	Haushaltsplan		Ergebnis 2007	2009 zu 2008	2008 zu 2007
	2009	2008			
	T€	T€	T€	v.H.	v.H.
1. Steuern, allgemeine Zuweisungen					
Grundsteuer A und B	21.500	21.350	21.236	0,7	0,5
Gewerbesteuer laufend	72.000	72.000	69.498	0,0	3,6
einmalige Gewerbesteuerzahlungen	0	40.000	55.000	-	-27,3
Anteil Einkommensteuer	48.000	46.300	42.808	3,7	8,2
Anteil Umsatzsteuer	8.900	8.600	8.363	3,5	2,8
Sonstige Steuern	946	840	887	12,6	-5,2
Zuweisungen	36.740	36.640	37.683	0,3	-2,8
Familienleistungsausgleich	3.700	3.500	3.433	5,7	1,9
	191.786	229.230	238.907	-16,3	-4,1
2. Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb					
Gebühren, Entgelte	23.888	22.840	22.062	4,6	3,5
Verkaufserlöse, Mieten, Pachten u.a.	18.129	18.408	21.380	-1,5	-13,9
Erstattungen	6.828	7.063	7.264	-3,3	-2,8
Innere Verrechnungen	48.535	46.759	46.482	3,8	0,6
Zuweisungen	27.340	27.168	27.735	0,6	-2,0
Bundesbeteiligung Hartz IV	4.200	4.700	5.207	-10,6	-9,7
	128.920	126.937	130.130	1,6	-2,5
3. Sonstige Finanzeinnahmen					
Zinsen	6.000	7.827	8.115	-23,3	-3,5
Konzessionsabgaben, Gewinne	7.700	7.335	10.786	5,0	-32,0
Ersatz von sozialen Leistungen	4.495	4.495	5.207	0,0	-13,7
Kalkulatorische Einnahmen	41.658	41.889	40.086	-0,6	4,5
Zuführung vom Vermögenshaushalt	34.000	33.000	26.000	3,0	26,9
Sonstige Einnahmen	4.720	4.720	5.462	0,0	-13,6
	98.574	99.267	95.655	-0,7	3,8
Einnahmen insgesamt	419.280	455.434	464.693	-7,9	-2,0

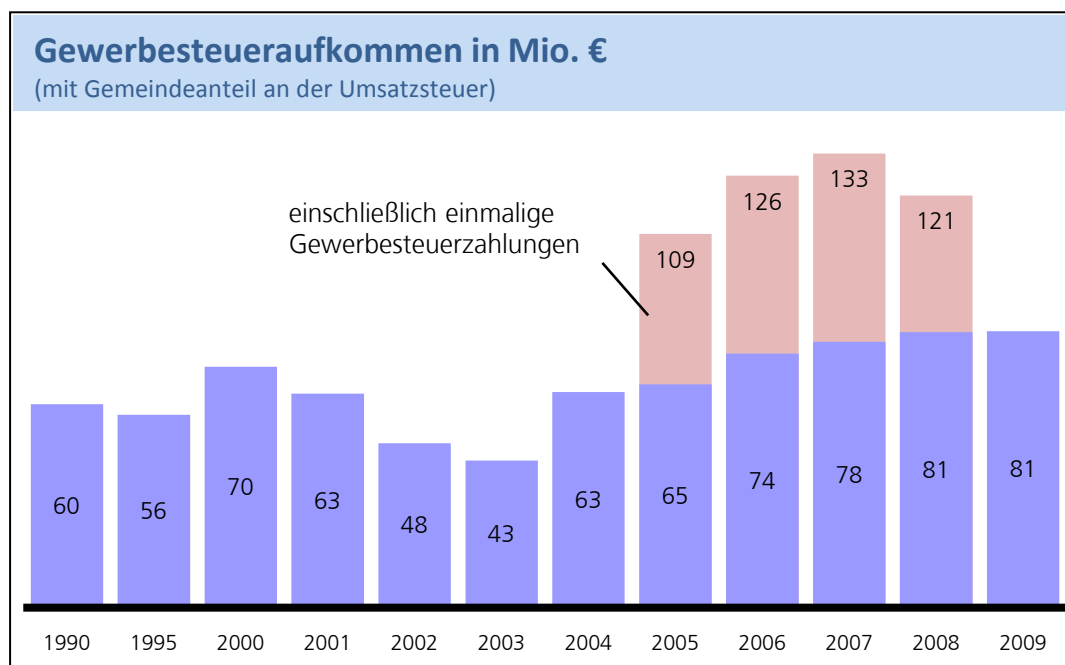
2.2.1.1 Steuern, allgemeine Zuweisungen

Die Mehreinnahmen bei der **Grundsteuer** in 2009 ergeben sich aus der Fortschreibung der Einheitswerte für die laufende Bautätigkeit.

	Grundsteuer B
Durchschnittshebesatz der baden-württembergischen Stadtkreise 2008	436 v.H.
Hebesatz in Ulm 2009 (seit 2005)	395 v.H.

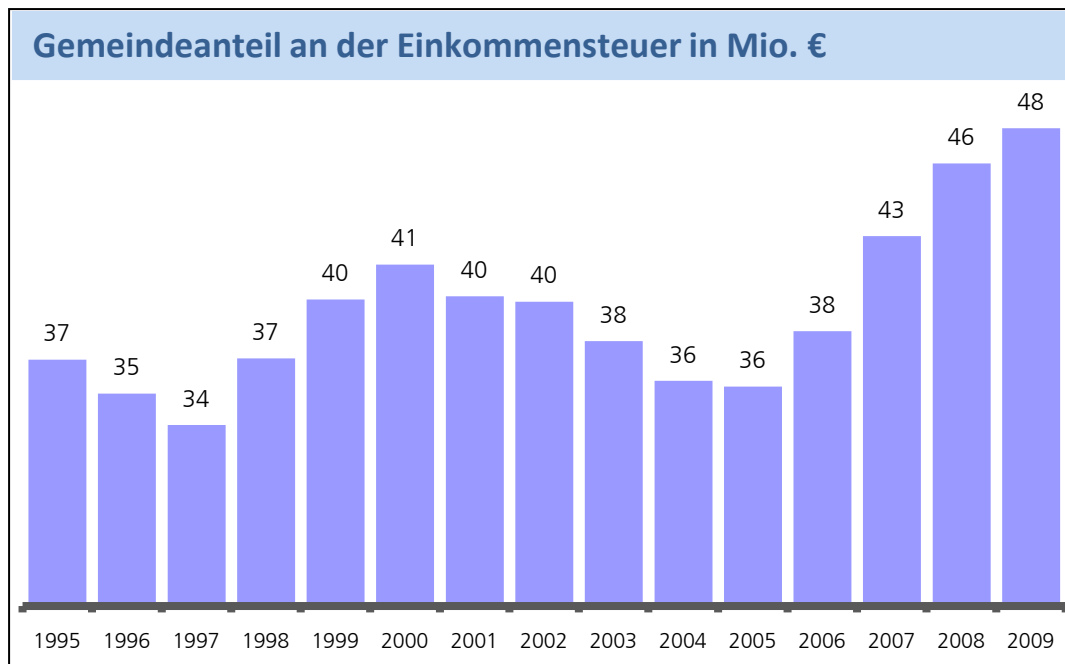
2005 bis 2008 enthält die **Gewerbesteuer** erhebliche einmalige Zahlungen. Die Auswirkungen der Finanzkrise und der erwarteten konjunkturellen Abschwächung sind derzeit nicht kalkulierbar. Trotz dieser Risiken wird 2009 bei den laufenden Zahlungen der gleiche Ansatz wie im Vorjahr zugrunde gelegt.

Das Gewerbesteueraufkommen hat sich wie folgt entwickelt:



Durchschnittshebesatz der baden-württembergischen Stadtkreise 2008	394 v.H.
Hebesatz in Ulm 2009 (seit 1994)	360 v.H.

Die Gemeinden erhalten 15 v.H. der in Baden-Württemberg erzielten Lohn- und **Einkommensteuer** und 12 v.H. vom Zinsabschlag. Der Gemeindeanteil wird aufgrund von Schlüsselzahlen, die alle 3 Jahre neu festgelegt werden, auf die Gemeinden verteilt. Ab 01.01.2009 beträgt die Schlüsselzahl für die Stadt Ulm 0,0109659.



Als Ersatz für die zum 01.01.1998 abgeschaffte Gewerbesteuer erhalten die Gemeinden einen Anteil von 2,2 v.H. aus der **Umsatzsteuer**, der nach einem festen Verteilungsschlüssel auf die Gemeinden verteilt wird. 2009 wird für die Gemeinden Baden-Württembergs von einem Umsatzsteueraufkommen mit rd. 490 Mio. € (Vorjahr rd. 485 Mio. €) ausgegangen (Haushaltserlass 2009 des Landes vom 18.07.2008).

Die Einnahmen aus **sonstigen Steuern** erhöhen sich aufgrund von Steuererhöhungen bei der Hundesteuer und der Vergnügungssteuer zum 1. Januar 2009.

Die **Zuweisungen** setzen sich aus den Schlüsselzuweisungen (mangelnde Steuerkraft, Stadt als Stadtkreis, kommunale Investitionspauschale) und den sonstigen allgemeinen Zuweisungen (für die Wahrnehmung von Aufgaben als Untere Verwaltungsbehörde, Grunderwerbsteueraufkommen) zusammen. Die Veranschlagung erfolgte auf Grundlage des Haushaltserlasses 2009 vom 18.07.2008.

2.2.1.2 Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

Die **Gebühren** sind entsprechend den Grundsätzen des § 78 Abs. 2 Nr. 1 Gemeindeordnung in Verbindung mit § 9 Kommunalabgabengesetz der Kostenentwicklung anzupassen. Entsprechend den Leitlinien zur Haushaltskonsolidierung sind die Gebührenhaushalte daraufhin jährlich zu überprüfen. Die Einnahmesteigerung 2009 beruht insbesondere auf zusätzlichen Einnahmen aus der Bearbeitung von Ausnahmeanträgen für die Umweltzone, Eintrittsgeldern fürs Fischerstechen, sowie verschiedenen Anpassungen an die Kostenentwicklung. Im Übrigen wird auf die einzelnen Fach-/Bereichsvorberichte verwiesen.

Die **Verkaufserlöse u.a.** reduzieren sich 2009 aufgrund des Wegfalls einer Steuererstattung im Zusammenhang mit der Gewinnausschüttung der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH. 2007 waren insbesondere eine Steuererstattung (1.120 T€), einmalige Erbbauzinsen (376 T€) und sonstige Sach- bzw. Personalkostenersätze für zusätzliche, einmalige Einnahmen ausschlaggebend.

Bei den **Erstattungen** fielen im Vorjahr einmalige Erstattungen der Stadt Neu-Ulm im Bereich Eislaufenanlage/Donaufreibad/Atlantis an. 2007 sind Einnahmen aus dem Verkauf von Kliniken des ehemaligen Landeswohlfahrtsverbands enthalten.

Grundsätzliche Ausführungen zu den **Inneren Verrechnungen** werden in den Allgemeinen Vorbemerkungen zum Haushaltsplan unter Ziff. 2.8 und unter Ziff. V des Fachbereichs-Vorberichts zum Budget „Zentrale Dienste“ gemacht. Die Aufteilung der Inneren Verrechnungen ist in den Anlagen 6 zum Haushaltsplan dargestellt.

Die **Zuweisungen** setzen sich wie folgt zusammen:

	Haushaltsplan		Ergebnis 2007 T€	2009 zu 2008 v.H.	2008 zu 2007 v.H.
	2009	2008			
	T€	T€			
vom Land					
Sachkostenbeiträge Schulen	11.712	11.712	11.383	0,0	2,9
Theater	3.950	3.950	3.911	0,0	1,0
Soziallastenausgleich	1.500	1.500	1.533	0,0	-2,1
Unterhaltung der Straßen	657	677	649	-3,0	4,3
Schülerbeförderung	2.380	2.380	2.383	0,0	-0,1
Kindergartenzuschuss	4.490	4.490	4.532	0,0	-0,9
Altlastensanierung	525	525	723	0,0	-27,4
Sonstige Zuweisungen	1.803	1.692	1.862	6,5	-9,1
Sonstige Körperschaften u.a.	323	241	759	34,1	-68,3
Summe	27.340	27.168	27.735	0,6	-2,0

Bei den sonstigen Zuweisungen des Landes sind insbesondere Zuweisungen für den ÖPNV, für die Eingliederung von Sonderbehörden, sowie für verschiedene Projekte berücksichtigt.

Die Zuweisungen der sonstigen Körperschaften enthalten 2007 als zusätzliche Einnahmen unter anderem Einnahmen für die Bildungsmesse (224 T€), sowie verschiedene Spenden und Sponsoringeinnahmen vor allem im kulturellen Bereich (313 T€).

Die **Bundesbeteiligung** an den durch **Hartz IV** entstandenen Kosten soll auf 29,2 % (2008: 32,6%) abgesenkt werden. Dies führt zu Mindereinnahmen von 500 T€ (vgl. hierzu Ziff. VI des Vorberichts zum Fachbereich Bildung und Soziales).

2.2.1.3 Sonstige Finanzeinnahmen

In den Vorjahren konnten aufgrund einer erhöhten Liquidität (einmalige Gewerbesteuerzahlungen) höhere **Zinseinnahmen** erreicht werden, die 2009 in diesem Umfang nicht mehr erwartet werden. Außerdem reduzieren sich die Zinseinnahmen 2009 wegen Tilgungen städtischer Darlehen durch EBU und die Gesellschaften.

Bei den **Konzessionsabgaben, Gewinnen** sind die Konzessionsabgaben der SWU und der FUG, sowie in 2007 die Gewinnausschüttung der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (3,3 Mio. €) enthalten. Seit 2008 wird wegen der staatlichen Reduzierung der Netznutzungsentgelte keine Gewinnausschüttung der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH mehr erwartet.

Die **kalkulatorischen Einnahmen** sind eine Verrechnungsposition innerhalb des Haushalts. Den Einnahmen stehen auf der Ausgabenseite kalkulatorische Kosten in gleicher Höhe gegenüber (vgl. Ziff. 2.2.2.2). In 2009 reduziert sich der Ansatz, weil insbesondere bei den Schulen pauschal bewertete Vermögensgegenstände zwischenzeitlich abgeschrieben sind. In 2008 wurden Wald und einzelne Baugebiete nachbewertet.

Durch die **Zuführung vom Vermögenshaushalt** werden Belastungen im kommunalen Finanzausgleich ausgeglichen, die aufgrund einmaliger Gewerbesteuerzahlungen jeweils im zweitvorangegangenen Jahr entstanden sind. Hierfür wurden in diesen Jahren zweckgebundene Rücklagen gebildet, die in den Jahren 2007 bis 2009 entnommen und dem Verwaltungshaushalt zum Ausgleich der Belastungen zugeführt werden (vgl. Ziff. 0).

Die **Sonstigen Einnahmen** setzen sich im Wesentlichen aus Verwarnungs- und Bußgeldern im Bereich der öffentlichen Ordnung, Veranlagungszinsen, Säumniszuschlägen und Verzugszinsen zusammen. 2007 ist daneben noch die Fehlbelegungsabgabe mit 205 T€ enthalten, die zwischenzeitlich abgeschafft wurde. Außerdem sind 2007 Mehreinnahmen bei den Veranlagungszinsen aufgrund einmaliger Gewerbesteuernachzahlungen enthalten.

2.2.2. Ausgaben des Verwaltungshaushalts

	Haushaltsplan		Ergebnis 2007 T€	2009 zu 2008 v.H.	2008 zu 2007 v.H.
	2009	2008			
	T€	T€			
1. Personalausgaben	88.125	84.121	81.528	4,8	3,2
2. Sächl. Verwaltungs- und Betriebsausgaben, Zuweisungen, Sozialhilfe					
Sächl. Verwaltungs-/Betriebsaufwand	61.441	62.347	61.450	-1,5	1,5
Zuweisungen, Zuschüsse	27.818	26.937	23.959	3,3	12,4
Leistungen der Sozialhilfe	52.730	52.230	52.959	1,0	-1,4
Innere Verrechnungen	48.535	46.759	46.482	3,8	0,6
kalkulatorische Kosten	41.658	41.889	40.086	-0,6	4,5
	232.183	230.161	224.934	0,9	2,3
3. Sonstige Finanzausgaben					
Zinsen	5.075	5.700	6.730	-11,0	-15,3
Umlagen	54.400	60.515	61.555	-10,1	-1,7
Deckungsreserve und sonstiges	1.000	1.000	471	0,0	112,3
Zuführung zum Vermögenshaushalt	38.497	73.936	89.474	-47,9	-17,4
	98.972	141.151	158.230	-29,9	-10,8
Ausgaben insgesamt	419.280	455.434	464.693	-7,9	-2,0

2.2.2.1 Personalausgaben

a) Stellen

Personalausgaben sind veranschlagt für folgende Stellen:

	2008	Zugang	Abgang	Saldo	2009
Beamte	360,05	9,70	0,50	9,20	369,25
Beschäftigte	1.389,12	27,39	13,90	13,49	1.402,61
zusammen (ohne Leerstellen)	1.749,17	37,09	14,40	22,69	1.771,86

Die Stellenzahl erhöht sich per Saldo um 22,69 Stellen.

Stellenneuschaffungen ergeben sich

- beim Oberbürgermeister für Koordination Stadtmarketing¹ + 1,00
- bei der Zentralen Steuerung für Leitung IT-Betrieb (ZS/T) + 1,00
- bei den Bürgerdiensten
 - für Bearbeitung Ausnahmegenehmigungen Umweltzone + 1,00
 - im Bereich Ausländerwesen + 2,00
- im Fachbereich Kultur
 - bei der Bibliothek + 1,33
 - bei der Sammlung Weishaupt (Aufsichtspersonal) + 0,62
 - beim Museum (Aufsichtspersonal) + 1,24
 - beim Stadthaus (Aufsichtspersonal) + 1,00
 - beim Archiv – Haus der Stadtgeschichte (Aufsichtspersonal) + 1,42
- im Fachbereich Bildung und Soziales
 - für Familienbüro + 1,20
 - für Kinderschutzstelle + 1,50
 - für Ausbau u3- und Ganztagesbetreuung + 15,18
- beim Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt
 - für Wachdienst Feuerwehr (geänderte EU-Arbeitszeiten) + 3,00
 - Projekt City-Bahnhof + 1,00

Stellenstreichungen ergeben sich

- Im Bereich Oberbürgermeister -0,50
- Im Bereich Zentrale Steuerung -3,00
- Im Fachbereich Kultur -2,00
- Im Fachbereich Bildung und Soziales -3,30
- Im Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt -1,00

4,1 Beschäftigtenstellen werden in Beamtenstellen und 0,5 Beamtenstellen in Beschäftigtenstelle umgewandelt. Dies wird bei der entsprechenden Mitarbeitergruppe als Zu- bzw. als Abgang ausgewiesen.

b) Fortschreibung der Personalausgaben für das Jahr 2009

Nachdem die Personalausgaben in den Jahren 2003 bis 2007 – bereinigt um Sondereffekte – u. a. aufgrund der Haushaltskonsolidierung weitestgehend konstant gehalten werden konnten, sind in den Jahren 2008 und 2009 kräftige Personalausgabensteigerungen zu verzeichnen. Diese resultieren insbesondere aus dem letzten Tarifabschluss,

¹ Die Koordinationsstelle Stadtmarketing wird zunächst nicht besetzt

aber auch aus nicht unerheblichen Stellenneuschaffungen. Der Haushalt wird in 2008 und 2009 insgesamt mit zusätzlichen Personalausgaben von 7,5 Mio. € belastet (+9,3%).

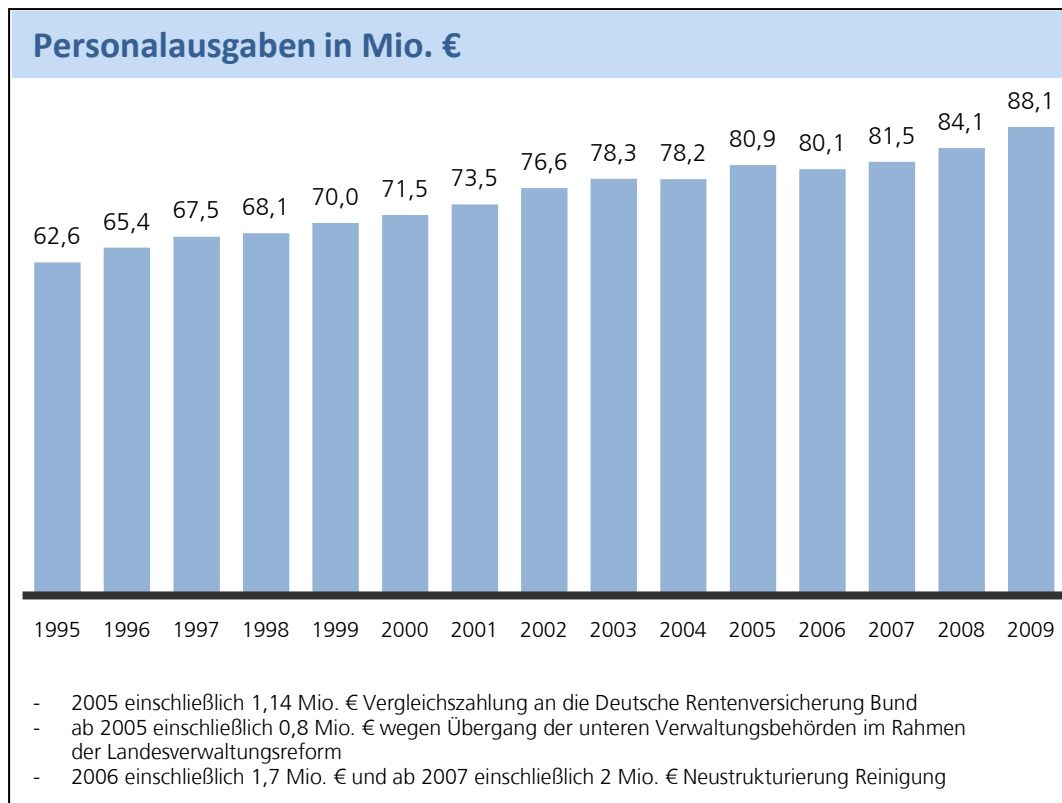
Ausgehend vom Haushaltsansatz 2007 haben sich die Personalausgaben wie folgt entwickelt:

Planansatz 2007	80.607.700 €
Änderungen 2008:	
- Tarif- und Besoldungserhöhung, Änderungen bei Umlagen und Sozialversicherung	2.363.000 €
- Auswirkungen TVöD	634.000 €
- Stellenneuschaffungen/-streichungen und sonst. Änderungen	516.500 €
Planansatz Nachtrag 2008	84.121.200 €
- Tarif- und Besoldungserhöhung, Umlageänderungen	2.949.000 €
- Mehrausgaben	
• Stellenneuschaffungen	883.000 €
• ehrenamtliche Entschädigung	180.000 €
• Wahlen	220.000 €
• Personalgestellung (AG West, Atlantis)	35.000 €
- Wenigerausgaben	
• Konsolidierung	-86.000 €
• Stellenstreichungen	-177.000 €
Planansatz 2009	88.125.200 €

c) Konsolidierung

Die Personalausgaben wurde im Rahmen der Konsolidierungs- bzw. Strukturmaßnahmen von 2002 bis 2009 wie folgt reduziert:

2002:	-235.000 €
2003:	-1.490.000 €
2004:	-890.000 €
2005:	-1.239.000 €
2006:	-594.000 €
2007:	-397.000 €
2008:	0 €
2009:	-86.000 €
Summe	-4.931.000 €



2.2.2.2 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand

	Haushaltsplan		Ergebnis 2007 T€	2009 zu 2008 v.H.	2008 zu 2007 v.H.
	2009 T€	2008 T€			
Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude	27.822	27.440	27.877	1,4	-1,6
Sonstiger Betriebsaufwand	33.619	34.907	33.573	-3,7	4,0
Summe	61.441	62.347	61.450	-1,5	1,5

Bei den **Unterhaltungsmaßnahmen** sind im Rahmen des Wachstums- und Impulsprogramms in 2007 zusätzliche Mittel von 2,5 Mio. €, in 2008 von 3,6 Mio. € und in 2009 von 4,4 Mio. € - davon 1 Mio. € für energetische Sanierung – enthalten (vgl. Anlage 5 und Ziff. VII des Fachbereichsvorberichts StBU).

Für einmalige Unterhalts- und Sanierungsmaßnahmen im Atlantis Freizeitbad sind in 2008 721 T€ und in 2007 860 T€ enthalten. 2007 enthält außerdem einmalige Ausgaben für das Grünkonzept Innenstadt.

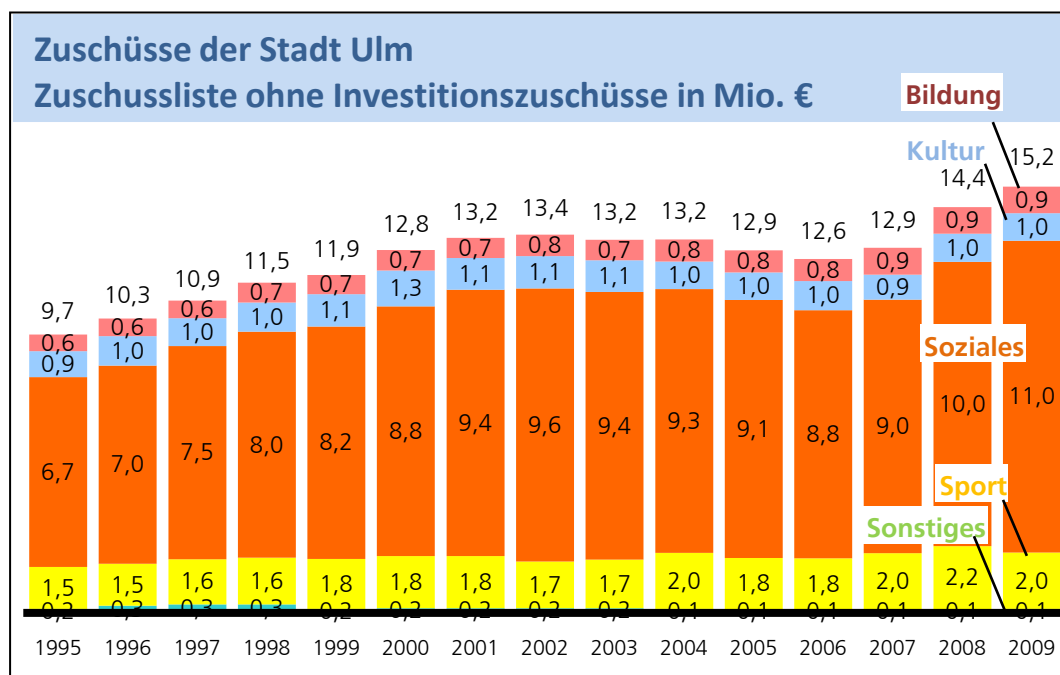
Der **sonstige Betriebsaufwand** reduziert sich 2009 aufgrund von Wenigerausgaben mit 1 Mio. € für den Steuerkraftausgleich im Zusammenhang mit der Übertragung der Aufgaben vom Landeswohlfahrtsverband. In 2008 sind Mittel für verschiedene Projekte und Veranstaltungen (u.a. Projekt City-Bahnhof Ulm, Internationales Donaufest, Aerobic-Weltmeisterschaft 2008, Heimattage, städtebaulicher Wettbewerb „Am Lettenwald“) enthalten.

2.2.2.3 Zuweisungen und Zuschüsse

Zusammensetzung der Zuschüsse:

	Haushaltsplan		Ergebnis 2007	2009 zu 2008	2008 zu 2007
	2009	2008			
	T€	T€	T€	v.H.	v.H.
Zuschussliste (Anlage 4 zum HHPI)	15.155	14.435	12.948	5,0	11,5
Landeszuschuss für Kindertagesstätten	3.040	2.931	2.848	3,7	2,9
Zuschuss EBU Stadtreinigung	2.826	2.826	2.726	0,0	3,7
Zuschuss ÖPNV	2.411	2.391	2.444	0,8	-2,2
Betreiberzuschuss Freizeitbad Atlantis	1.176	676	766	73,9	-11,7
Betreiberzusch. Eislaufanl./Donaufreibad	1.056	1.440	195	-26,7	-
Schülerbeförderung	880	880	863	0,0	1,9
Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH	549	666	577	-17,5	15,5
Zuschuss EBU Wasserläufe/Wasserbau	179	179	218	0,0	-17,6
Stadtentwicklungsverband	172	172	171	0,0	0,2
ZV Tierkörperbes.anst. Warthausen	100	100	91	0,0	10,5
Nachbarschaftsverband Ulm	95	95	30	0,0	222,0
Umlage Regionalverband	75	56	57	33,9	-1,3
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	104	90	27	16,4	237,1
Summe	27.818	26.937	23.959	3,3	12,4

Den Schwerpunkt der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse bilden die freiwilligen Zuwendungen an Sportvereine, kulturelle Vereinigungen, Vereine und Organisationen, die auf sozialen und gesundheitlichen Gebieten arbeiten, sowie Betriebskostenzuschüsse an Kindergärten. Diese Ausgaben sind in der sog. „Zuschussliste“ (Anlage 4 zum Haushaltsplan) im einzelnen aufgelistet.



Die Entwicklung der Zuschussliste ist durch die Entwicklung der Zuschüsse für Kindertageseinrichtungen geprägt. Diese haben sich (ohne kommunalisierten Landeszuschuss) wie folgt entwickelt:

	Haushaltsplan		Ergebnis 2007 T€	2009 zu 2008 v.H.	2008 zu 2007 v.H.
	2009 T€	2008 T€			
- Zuschuss für Betriebskindertageseinricht.	250	250	145	0,0	72,5
- Betriebskostenzuschuss an freie Träger	5.537	5.537	5.767	0,0	-4,0
• Erhöhung wegen Betriebskostensteigerung	500	432	-	15,7	-
• Erhöhung für Ausbau u3-Betreuung	621	107	-	480,4	-
• Tagesmütterverein	84	48	24	74,7	99,2
Summe Betriebskostenzuschuss	6.742	6.124	5.791	10,1	5,7
- Ausbau Kinderbetreuung	1.000	677	0	47,7	-
Summe	7.908	7.003	5.912	12,9	18,4

Die Steigerung beläuft sich seit 2007 auf 1.996 T€ bzw. 33,8%.

Dem **Landeszuschuss für Kindertagesstätten** steht eine entsprechende Einnahme aus Landeszuweisungen bei Gruppierung 1710 gegenüber (vgl. Ziff. 2.2.1.2).

Seit 2007 sind im **Zuschuss an EBU für die Stadtreinigung** 150 T€ für Qualitätsverbesserungen enthalten. Zusätzlich wurde der Zuschuss zur Verbesserung der Straßenreinigung in 2007 um 50 T€, sowie in 2008 und 2009 um jeweils 150 T€ erhöht.

Das Freizeitbad Atlantis, sowie Donaufreibad und Eislaufanlage werden derzeit von der Freizeitanlagen Neu-Ulm Betriebsgesellschaft mbH (FZG) betrieben. Die **Betreiberzuschüsse für das Freizeitbad Atlantis** und für die **Eislaufanlage/Donaufreibad** wurden entsprechend dem Beschluss des Gemeinderats vom 16.07.08 (GD 291/08) veranschlagt.

Beim **Zuschuss an die Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH** waren 2008 Sondermittel für die Landesgartenschau Neu-Ulm und für die Heimattage Baden-Württemberg, sowie für einmalige Kosten im Zusammenhang mit Altersteilzeit in Höhe von insgesamt 138 T€ enthalten. 2009 ist für Tarifsteigerungen ein Mehrbedarf von 21 T€ berücksichtigt.

2.2.2.4 Leistungen der Sozialhilfe

Die Gesamtbelastung aus der Sozialhilfe setzt sich wie folgt zusammen:

	Haushaltsplan		Ergebnis 2007 T€	2009 zu 2008 v.H.	2008 zu 2007 v.H.
	2009 T€	2008 T€			
• Sozialhilfe örtlicher Träger (UA 4100)					
- Eingliederungshilfe	14.050	13.700	13.365	2,6	2,5
- Hilfe zur Pflege	5.600	5.600	5.525	0,0	1,3
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	6.990	6.000	6.264	16,5	-4,2
- Hilfe zum Lebensunterhalt	1.260	2.250	2.138	-44,0	5,2
- Sonstige Hilfen örtlicher Träger	485	485	526	0,0	-7,8
• Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV, UA 4820)	14.025	14.025	15.423	0,0	-9,1
• Jugendhilfe (Abschn. 45)	7.365	7.215	6.773	2,1	6,5
• Sonstige Hilfen					
- Durchführung Asylbewerber- leistungsgesetz (UA 4200)	725	725	881	0,0	-17,7
- Unterhaltsvorschuss (UA 4810)	950	950	948	0,0	0,2
- Kriegsoferfürsorge (UA 4400/4405)	775	775	651	0,0	19,1
- Sonstiges	505	505	464	0,0	8,8
Ausgaben Sozial- u. Jugendhilfe	52.730	52.230	52.959	1,0	-1,4
weitere Ausgaben, die in der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe enthalten sind	307	307	411	0,0	-25,2
./i. Erstattungen	2.520	2.520	2.540	0,0	-0,8
./i. Kostenersätze	4.495	4.495	5.207	0,0	-13,7
./i. Bundeserstattung Hartz IV	4.200	4.700	5.207	-10,6	-9,7
Summe vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe	41.822	40.822	40.416	2,4	1,0

Im Bereich **Alten- und Behindertenhilfe** (inkl. Grundsicherung) wurden durch die Umstrukturierung des Landeswohlfahrtsverbands zum 01.01.2005 umfangreiche Aufgaben des bisherigen überörtlichen Trägers auf die Stadt verlagert. Insbesondere aufgrund der Fallzahlenentwicklung bei der Eingliederungshilfe sowie der erwarteten Entgeltserhöhung der freien Träger ergibt sich eine erhebliche Belastung des Haushalts. Obwohl bereits im Nachtrag 2008 eine Erhöhung um 200.000 € erfolgt, wird für das Jahr 2009 eine zusätzliche Belastung von rd. 350.000 € veranschlagt (UA 4100).

Um die Herausforderungen meistern zu können wird derzeit das Projekt "Sozialraumorientierung in der Alten- und Behindertenhilfe" durchgeführt. Leitgedanken sind dabei Sozialraumorientierung, Ambulantisierung, Personenzentrierter Ansatz, Normalisierung, uneingeschränkte Teilhabe an der Gesellschaft sowie die Versorgungsverantwortung für Ulmer.

Im Bereich der **Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV)** wird der Zuschussbedarf im Nachtrag 2008 – insbesondere aufgrund des deutlichen Fallzahlenrückgangs – um rd. 2 Mio. € gesenkt. Für 2009 wurde ein weiterer, verringerter Rückgang der Fall-

zahlen unterstellt, da jedoch die Ausgaben je Leistungsempfänger (insbesondere aufgrund der gestiegenen Energiekosten) deutlich steigen, wird davon ausgegangen, dass eine weitere Senkung der Ausgaben nicht möglich ist. Aufgrund der Absenkung der Bundesbeteiligung für die Kosten der Unterkunft (KdU) werden Wenigereinnahmen in Höhe von rd. 500.000 € veranschlagt (UA 4820).

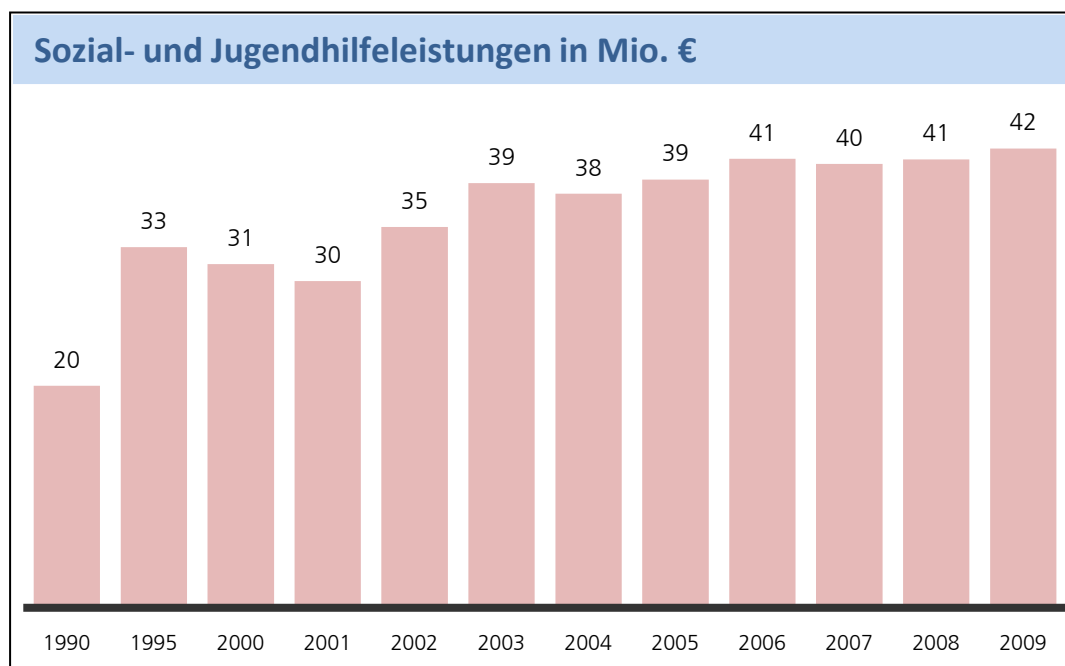
Im Bereich der **Hilfen zur Erziehung (HzE, wirtschaftl. Jugendhilfe)** wurde im Jahr 2007 die gemeinsame Budgetverantwortung mit den Freien Trägern auf alle Sozialräume ausgeweitet und ein verbindliches Regelwerk - inkl. der Verknüpfung zwischen Personalausstattung und Ausgabenentwicklung in der Jugendhilfe - geschaffen (vgl. FBA 06.12.06 bzw. 04.07.07). Aufgrund der erwarteten Entgelterhöhung der freien Träger wurde der Ausgabeansatz in 2009 um 150.000 € erhöht.

Im Jahr 2008 wird der ursprüngliche Planansatz der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe insbesondere aufgrund der Entwicklung im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) voraussichtlich um rd. 2 Mio. € unterschritten, im Nachtrag 2008 erfolgte eine entsprechende Anpassung. Gegenüber 2007 ergibt sich dennoch ein Mehrbedarf von rd. 500.000 €. Ursächlich hierfür sind Mehrausgaben im Bereich der Grundsicherung im Alter und der Eingliederungshilfe.

Für das Jahr 2009 sind erhebliche Risiken durch Fallzahlensteigerungen im Bereich der Alten- und Behindertenhilfe und der Grundsicherung für Arbeitssuchende, durch Entgelterhöhungen der freien Träger, sowie durch eine Absenkung der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende gegeben. Der Ansatz 2009 wird deshalb gegenüber dem Nachtrag 2008 um 1 Mio € erhöht.

Risiken aufgrund einer konjunkturellen Abschwächung sind nicht berücksichtigt. Gegebenenfalls muss während des Planvollzugs 2009 nachgesteuert werden.

Im Übrigen wird auf die Erläuterungen im Fachbereichsvorbericht Bildung und Soziales und bei den UA 4100 ff. verwiesen.



2.2.2.5 Sonstige Finanzausgaben

Bei den **Zinsausgaben** wirkt sich die Reduzierung der Verschuldung aus. Die Zinsausgaben haben sich seit 2003 um 4,4 Mio. € reduziert.

Die **Umlagen** setzen sich wie folgt zusammen:

	Haushaltsplan		Ergebnis 2007 T€	2009 zu 2008 v.H.	2008 zu 2007 v.H.
	2009	2008			
	T€	T€			
Gewerbsteuerumlage	13.400	20.225	25.363	-33,7	-20,3
Finanzausgleichsumlage	40.500	39.800	35.734	1,8	11,4
Umlage KVJS (früher LWV-Umlage)	500	490	457	2,0	7,2
Summe	54.400	60.515	61.555	-10,1	-1,7

Die **Gewerbsteuerumlage** für 2009 beträgt voraussichtlich 67 v.H. der Bemessungsgrundlage (2008: 65 v.H., 2007: 73 v.H.). Der Umlagesatz setzt sich zusammen aus 32 v.H. Grundbetrag und einem Zuschlag zur Mitfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ und des Solidarpakts von 35 v.H. Die höhere Gewerbsteuerumlage in den Vorjahren resultiert aus einmaligen Gewerbsteuerzahlungen. Daneben wirkte sich in 2007 der höhere Gewerbsteuerumlagesatz aus.

Die Höhe der **Finanzausgleichsumlage** hängt wesentlich von den Gewerbesteuererträgen des zweitvorangegangenen Jahres ab. Aufgrund der angestiegenen Gewerbesteuerzahlungen 2005 bis 2007 steigt die Finanzausgleichsumlage in den Jahren 2007 bis 2009. Bedingt durch die einmaligen Gewerbesteuerzahlungen bewegt sich die Umlage in allen 3 Jahren insgesamt auf einem erhöhten Niveau. Die Refinanzierung erfolgt über eine zweckgebundene Rücklage (vgl. Ziff. 2.2.1.3).

2.2.3. Fach-/Bereichshaushalte

Den einzelnen Budgethaushalten wird jeweils ein eigener Vorbericht vorangestellt. Hierin werden die Entwicklung der Eckdaten (mit den wesentlichen Änderungen zum Vorjahr), die Entwicklung der Personalausgaben und der Gebührenhaushalte, sowie die Konsolidierungs- und Strukturmaßnahmen dargestellt. In den Vorberichten der Fachbereiche Kultur, Bildung und Soziales und Stadtentwicklung, Bau und Umwelt sind außerdem die wesentlichen Ziele und Leistungen des jeweiligen Fachbereichs dargestellt. Desweiteren werden beim Bereich „Zentrale Dienste“ die Inneren Verrechnungen, beim Fachbereich „Bildung und Soziales“ die vorabdotierte Sozialhilfe und beim Fachbereich „Stadtentwicklung, Bau und Umwelt“ das Ulmer Wachstums- und Impulsprogramm erläutert.

Auf die Fach-/Bereichsvorberichte wird an dieser Stelle verwiesen.

2.3. Vermögenshaushalt

2.3.1. Ausgaben des Vermögenshaushalts

Die Ausgaben des Vermögenshaushalts verteilen sich auf die einzelnen Ausgabearten wie folgt:

	Haushaltsplan		Ergebnis
	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
1. Bauausgaben			
Hochbauten	21.721	16.880	15.420
Tiefbauten	11.382	8.312	8.874
Sonstige Anlagen	2.397	3.230	3.262
	35.500	28.422	27.556
2. Vermögenserwerb			
Beteiligungen	5.600	6.017	1.389
Grundstückserwerb	13.100	17.100	15.544
Erwerb beweglicher Sachen	4.708	5.027	5.145
	23.408	28.144	22.078
3. Gewährung von Darlehen	0	150	380
4. Investitionsförderungsmaßnahmen	7.234	6.499	4.776
Summe Investitionen	66.142	63.215	54.790
5. Finanzwirtschaftliche Ausgaben			
Zuführung an Rücklagen	110	25.136	34.586
Zuführung zum Verwaltungshaushalt	34.000	33.000	26.000
ordentliche Kredittilgung	10.100	11.500	12.780
außerordentliche Kredittilgung	0	11.500	15.296
	44.210	81.136	88.662
Ausgaben insgesamt	110.352	144.351	143.452

Die **Baumaßnahmen** verteilen sich auf die Aufgabenbereiche wie folgt:

	Betrag T€	Anteil an den Bau- maßn. v.H.
Hochbauten (Gr. 94)		
Rathaus Lehr, Innenumbau/-modernisierung (Planung)	50	
Rathaus Jungingen, Umbau (Planung)	50	
Ulm-Messe, Umbau Kleiner Saal	1.700	
Theater - Jahresrate 2009 Generalsanierung	2.500	
Einsteinhaus, Sanierung Dach und Fassade	100	
Kinderbetreuung		
Ausbau u3 - Cartesiusstraße	520	
Ausbau u3 - Maienweg	585	
Ausbau u3 - Wielandstraße	550	
Ausbau u3 - Harthausenstraße	120	
Ausbau u3 - Schillerstraße	120	
Bauliche u. energetische Sanierung Schillstraße	300	
Summe Kinderbetreuung	2.195	
Schulen		
Sanierung Grund- und Hauptschule Einsingen	500	
Neubau Turnhalle Scholl-Gymnasium	1.325	
Neubau Grundschule/Rathaus Ermingen	147	
Außensanierung 2. BA Adalbert-Stifter GHWRS	470	
Modellprojekt Eselsberg	150	
Erweiterung Sporthalle Eduard-Mörike-Schule	500	
Friedensschule, Wiederaufbau nach Brandschaden	1.200	
Umbau Foyer Halle Gögglingen/Donaustetten	160	
Generalsanierung Ulrich-von-Ensingens Realsch. (Planung)	100	
Schulzentrum Wiblingen (Dachzentrale/lufttechn. Anl.)	200	
Sanierung Kepler-Humboldt-Gymnasium	600	
Erweiterung Hans- und Sophie-Scholl-Gymnasium	400	
Erweiterung, Sanierung gewerbl. Schulen	250	
sonstige Maßnahmen	45	
Summe Schulen	6.047	
Sanierung Mehrzweckhalle Weststadt	900	
Sportzentrum Kuhberg - Erweiterung	2.544	
Sanierung Donaufreibad	1.530	
Generalsanierung Atlantis Freizeitbad	2.000	
Hauptfeuerwache Keplerstraße - Gebäudeaufstockung	622	
Erweiterung Feuerwehrhaus/Gemeindesaal Donaustetten	30	
Generalsanierung Hauptfeuerwache 1. BA	350	
Umzug Bestattungsdienst	150	
Ehinger Hof - Umbau und Sanierung	438	
Ochsenhäuser Hof - Umbau und Sanierung	500	
sonstiges	15	
Summe Hochbauten	21.721	61,2

	Betrag	Anteil an den Bau- maßn.
	T€	v.H.
Tiefbauten (Gr. 95)		
Ulm-Messe, Weiterer Ausbau	140	
Umbau Tennenplatz Wiblingen	350	
Sanierung Bauwerke Ortsdurchfahrt B10 (WIP)	1.600	
Bahnhofsbrücke	3.500	
Bau von Radwegen	600	
Brückensanierung	230	
Sonstige Maßnahmen für Straßen, Wege, Plätze	3.337	
Erschließungsmaßnahmen	1.500	
Gewässerrenaturierung, Umgestaltung - Blaukonzept	60	
Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs	50	
Sonstiges	15	
Summe Tiefbauten	11.382	32,1
Sonstige Anlagen (Grünanlagen, Spielplätze, Sportanlagen, techn. Anlagen - Gr. 96)		
EDV, Fernmelde- und Schwachstromanlagen	254	
Kunstwerke	50	
Maßnahmen an Kindergärten und Schulen	128	
Grünanlagen, Spielplätze	1.015	
Umweltschutz	225	
Straßen, Straßenbeleuchtung, Parkplätze	260	
Weiterer Ausbau Straßenbahn	400	
Feuerwehr - Einsatzleitrechner, elektronische Anlagen	65	
Summe Sonstige Anlagen	2.397	6,8
Gesamtsumme Baumaßnahmen	35.500	100,0

Der **Erwerb von Beteiligungen** enthält in 2009 eine Einlage für den Bau der Multifunktionshalle mit 3,2 Mio. €. Außerdem sind von 2007 bis 2009 Einlagen bei der SWU für die Verlängerung der Straßenbahnlinie, sowie bei der Ulm-Messe GmbH für den weiteren Ausbau enthalten. Daneben ist in 2008 die Einlage zur Gründung einer Kulturstiftung (1 Mio. €), sowie eine Kapitalerhöhung bei der Projektentwicklungsgesellschaft (PEG) veranschlagt.

Beim **Grundstückserwerb** ist 2009 der „**Städtische Grundstückstopf**“ (Ausgaben für Grunderwerb und Einnahmen für Grundstücksverkauf, vgl. Ziff. 2.3.2) mit Ausgaben von 13,1 Mio. € veranschlagt. In 2008 wurde der Ansatz mit dem Nachtrag um 5 Mio. € erhöht (Sondererwerb). 2007 ist der Erwerb des Einsteinhauses (0,7 Mio. €) und der Räumlichkeiten im Stadtregal für kontiki (0,8 Mio. €) enthalten.

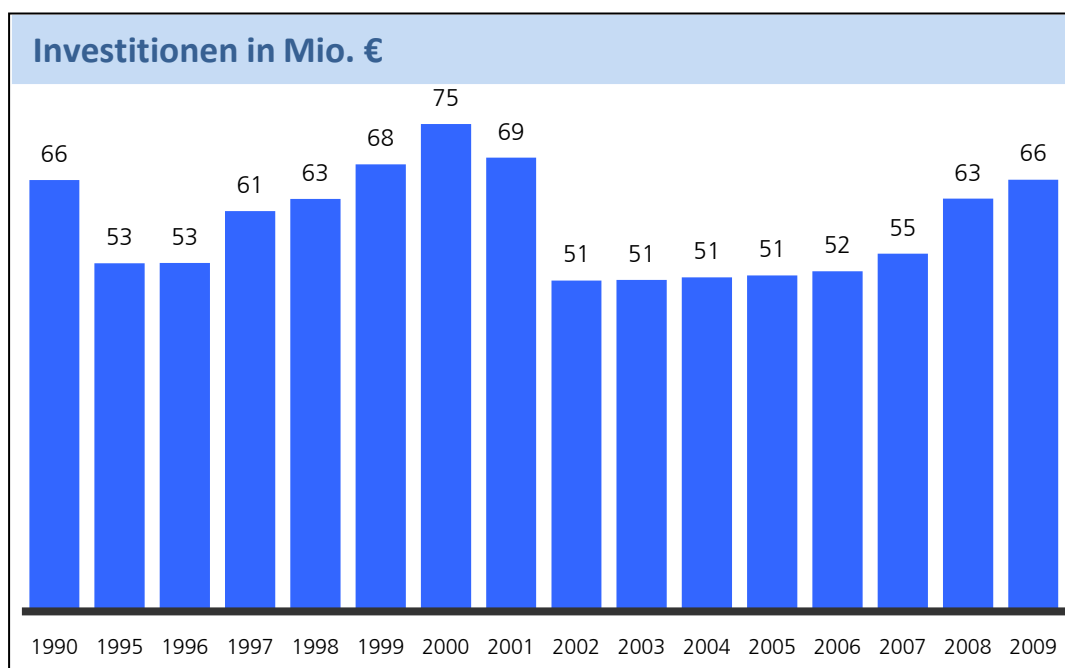
In 2008 wurde dem SSV Ulm 1846 ein **Darlehen** gewährt. 2007 ist ebenfalls ein Darlehen an den SSV Ulm 1846, sowie ein Darlehen an die Projektentwicklungsgesellschaft (PEG) und an die adk – Akademie für darstellende Kunst enthalten.

Die **Investitionsförderungsmaßnahmen** verteilen sich wie folgt:

Zweck	Haushaltsplan		Ergebnis
	2009 T€	2008 T€	2007 T€
Einrichtungen für Ältere	570	745	475
Ausbau Kinderbetreuung	1.140	254	82
Umbau und Erweiterung St. Hildegard-Schule	300	300	463
Sportförderung	700	470	172
Förderung regenerativer Energien	511	511	250
Sanierungstreuhand Ulm GmbH, Stadtsanierung	3.784	3.243	2.647
Rückzahlung zuviel erhaltener Zuschüsse	-	276	40
Münster, Sanierung Hauptturm/Elektroinstallation	130	330	230
sonstige	99	370	418
Summe	7.234	6.499	4.776

In der **Zuführung an die Allgemeine Rücklage** ist in 2007 und 2008 – aufgrund der hohen einmaligen Gewerbesteuerzahlungen in diesen Jahren – jeweils die Rücklagenbildung für den Ausgleich der Belastungen im Finanzausgleich 2009 und 2010 enthalten.

Aufgrund hoher einmaliger Gewerbesteuerzahlungen in 2005 bis 2007 wurden in diesen Jahren Rücklagen zum Ausgleich von Belastungen im Finanzausgleich des jeweils übernächsten Jahres gebildet. Diese werden in 2009 (34 Mio. €), 2008 (33 Mio. €) und 2007 (26 Mio. €) der Rücklage entnommen und zweckentsprechend dem **Verwaltungshaushalt zugeführt**. Der Gesamtbestand der Allgemeinen Rücklage ist unter Ziff. 2.5 dargestellt.



2.3.2. Einnahmen des Vermögenshaushalts

	Haushaltsplan				Ergebnis	
	2009		2008		2007	
	T€	v.H.	T€	v.H.	T€	v.H.
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	38.497	34,9	73.936	51,2	89.474	62,4
Entnahme aus Allgemeiner Rücklage	36.025	32,6	36.075	25,0	26.060	18,2
Entnahme Stiftungsvermögen	0	0,0	0	0,0	950	0,7
Darlehensrückflüsse	3.597	3,3	3.797	2,6	3.594	2,5
Veräußerung Anlagevermögen und Schadenersätze	15.123	13,7	15.136	10,5	16.337	11,4
Summe Eigenmittel	93.241	84,5	128.943	89,3	136.415	95,1
Beiträge	2.541	2,3	2.010	1,4	2.259	1,6
Zuweisungen	6.576	6,0	5.953	4,1	4.768	3,3
	102.358	92,8	136.906	94,8	143.442	100,0
Kreditaufnahme ohne Umschuldung	7.994	7,2	7.445	5,2	10	0,0
Einnahmen insgesamt	110.352	100,0	144.351	100,0	143.452	100,0

Die **Zuführung vom Verwaltungshaushalt** ist in 2008 und 2007 aufgrund einmaliger Gewerbesteuerzahlungen erhöht. 2009 wird eine Nettoinvestitionsrate von 28,4 Mio. € erreicht.

Die **Entnahmen aus Allgemeiner Rücklage** setzen sich wie folgt zusammen:

Zweck	Haushaltsplan		Ergebnis
	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Finanzausgleich 2007	-	-	26.000
Finanzausgleich 2008	-	33.000	-
Finanzausgleich 2009	34.000	-	-
Verlängerung Straßenbahnlinie 1	1.950	3.000	-
sonstige	75	75	60
Summe	36.025	36.075	26.060

Die Entwicklung des Rücklagenbestands ist unter Ziff. 2.5 dargestellt.

Die **Entnahme aus Stiftungsvermögen** beinhaltet in 2007 eine Entnahme aus dem Stiftungsvermögen der Hospitalstiftung zur Beteiligung am Umbau des Altentreffs im Ochsenhäuser Hof.

Bei den **Darlehensrückflüssen** sind im Wesentlichen die ordentlichen Tilgungen von EBU, UWS und PBG enthalten.

In den Erlösen aus der **Veräußerung von Anlagevermögens und Schadenersätzen** sind überwiegend die Grundstücksveräußerungen (Grundstückstopf) enthalten. 2009

plant der Grundstückstopf mit einem Überschuss von 2,9 Mio. €. Die Einnahmen 2007 enthalten daneben Schadenersatzleistungen – insbesondere für Brandschäden - mit 1,8 Mio. €.

Die **Zuweisungen** setzen sich insbesondere aus Zuschüssen des Landes für Schulbauvorhaben, für den Ausbau der Kinderbetreuung, die Stadtsanierung, den Straßenbau und für den Feuerschutz zusammen. Daneben sind in 2009 und 2008 jeweils 1,2 Mio. € von der Stadt Neu-Ulm für Sanierungs- und Hochwasserschutzmaßnahmen beim Atlantis bzw. Eislaufenanlage/Donaufreibad veranschlagt.

Der Anteil der Eigenmittel liegt 2009 bei 84,5 v.H. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass davon 32,6 v.H. auf Rücklagenentnahmen entfallen, die im Wesentlichen mit den erheblichen Einmaleffekten aus einmaligen Gewerbesteuerzahlungen zusammenhängen. Unter Berücksichtigung dieser Einmaleffekte und vor dem Hintergrund der laufenden und geplanten Investitionen bleibt der Eigenfinanzierungsanteil weiterhin unzureichend.

2.4. Entwicklung der Schulden aus Krediten

Die Schulden aus Krediten werden am 31. Dezember 2008 voraussichtlich 122,2 Mio. € betragen. Nach dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2008 - 2012 werden sie sich wie folgt entwickeln:

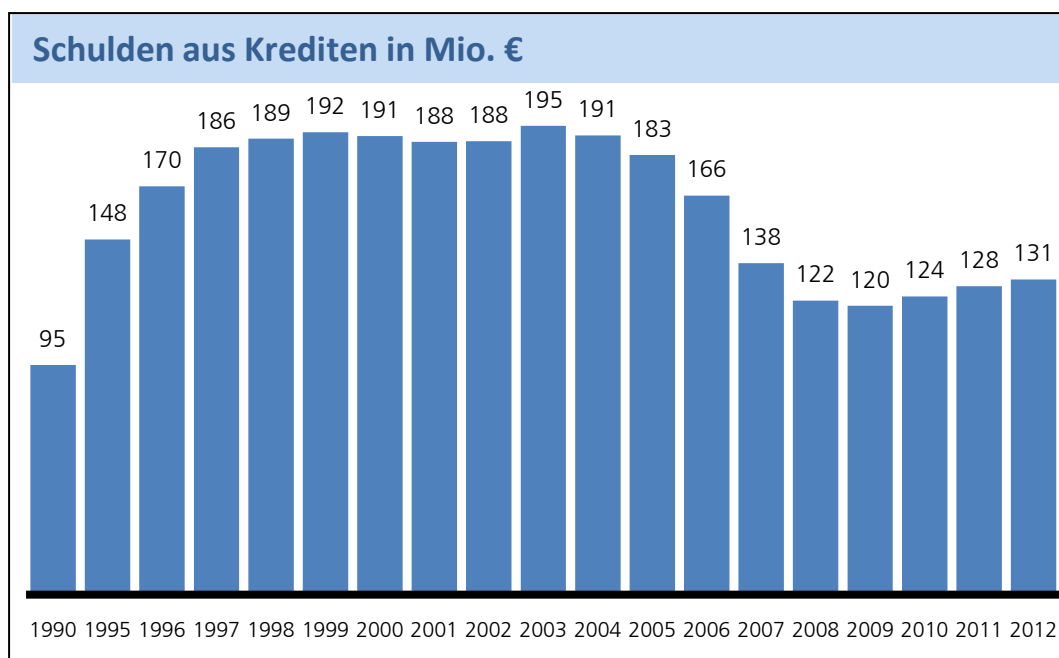
Haushaltsjahr	Einwohnerzahl	Kreditaufnahmen	Tilgung	Zinsen	Schuldendienst gesamt	Schuldenstand zum 31.12.		Schuldenreduzierung/-zuwachs
		T€	T€	T€	T€	T€	€/EW	T€
2008	121.136	7.445	23.000	5.700	28.700	122.177	1.009	- 15.555 €
2009	121.200	7.994	10.100	5.075	15.175	120.071	991	- 2.106 €
2010	121.300	13.772	10.000	4.800	14.800	123.843	1.021	+ 3.772 €
2011	121.400	14.278	10.000	4.900	14.900	128.121	1.055	+ 4.278 €
2012	121.500	12.864	10.000	5.000	15.000	130.985	1.078	+ 2.864 €

Hinweis: Darstellung ohne Umschuldung, 2008 ist eine außerordentliche Tilgung mit 11.500 T€ enthalten.

Die Schulden erhöhen sich im Planungszeitraum 2009 – 2012 um insgesamt 8,8 Mio. €. Die Haushaltsbelastung aus dem Schuldendienst beträgt zum Ende des Finanzplanungszeitraums 15 Mio. € (2003: 23 Mio. €).

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass dieser Planung weiterhin hohe (Gewerbe-) steuereinnahmen zugrunde liegen und eine evtl. konjunkturelle Abschwächung nicht berücksichtigt ist. Daneben sollen in folgenden Schwerpunktbereichen politische Weichenstellungen im geschätzten Umfang von 200 Mio. € erfolgen, die in der mittelfristigen Finanzplanung noch nicht enthalten sind, z.B.

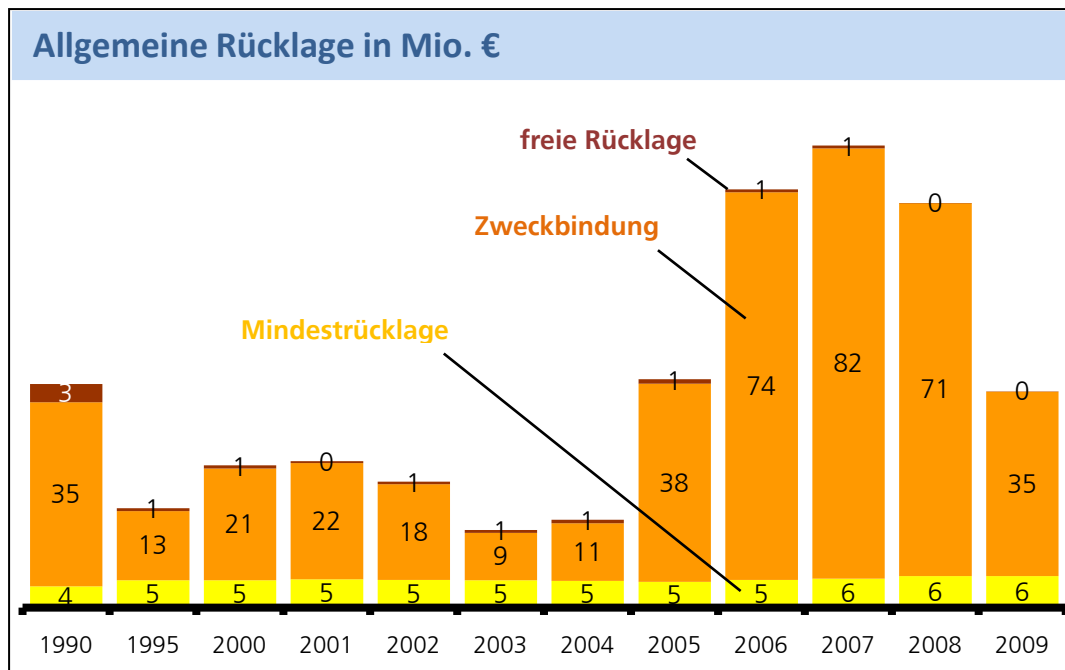
- Ausbau ÖPNV – Verkehrsentwicklungsplanung
- City Bahnhof – Entwicklung
- WIP – Fortführung, Energetische Sanierung städt. Infrastruktur
- Kulturstadt an der Donau
- Bildungsoffensive II
- Sanierungsgebiete, z.B. Dichterviertel Stadt
- Weitere Sanierung B10 / Brückenbauwerke



2.5. Entwicklung der Allgemeinen Rücklage

	31.12.2008 T€	Zugang T€	Abgang T€	31.12.2009 T€
zweckgebundene Rücklagen				
Kunst am Bau	169	89	75	183
Parkbauten	703	21	-	724
Wachstums- und Impulsprogramm	6.000	-	-	6.000
Verkehrsentwicklung	5.125	-	1.950	3.175
Finanzausgleich 2009	34.000	-	34.000	0
Finanzausgleich 2010	25.000	-	-	25.000
	70.996	110	36.025	35.081
gesetzl. Mindestrücklage ¹⁾	6.046	-	-	6.046
freie Rücklage	0	-	-	0
Gesamtsumme Rücklagen	77.043	110	36.025	41.128

1) Die gesetzliche Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 GemHVO dient der Sicherung der rechtzeitigen Leistung von Ausgaben. Sie beträgt 2% der durchschnittlichen Ausgaben der Verwaltungshaushalte der 3 vorangegangenen Jahre.



Ulm, im Oktober 2008

Stadt Ulm

gez.

Gunter Czisch
Erster Bürgermeister